

# DIE AFD IST KEINE „ARBEITERPARTEI“. SIE IST KEINE ALTERNATIVE.

Das zeigt ein Vergleich zwischen den Forderungen der IG Metall zur Bundestagswahl mit dem Wahlprogramm der AfD:



## BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND GUTE ARBEIT STÄRKEN

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsplätze durch Kurzarbeit sichert und Qualifizierung fördert
- ▶ Fair ausgestaltete Arbeitsmarktdrehscheiben, die reibungslose Jobwechsel ermöglichen
- ▶ Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung, längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes

### AFD

- x keine Vorschläge zur Weiterentwicklung von Kurzarbeit oder Qualifizierung
- x keine Antwort auf die Frage, wie Beschäftigte auf neue Jobs vorbereitet werden sollen
- x Zugang zur Arbeitslosenversicherung soll erschwert werden, Bezugsdauer eingeschränkt

Der Wandel am Arbeitsmarkt findet statt. Die IG Metall kämpft für eine Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigung sichert, Perspektiven vermittelt, Qualifikation stärkt und niemanden zurücklässt. Die AfD ignoriert diese drängenden Herausforderungen.

## ENERGIEWENDE UND INDUSTRIE: ZUKUNFT SICHERN, WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Industriestrompreis auf maximal 5 Cent/kWh deckeln, das sichert Betriebe und Arbeitsplätze
- ▶ Erneuerbare Energien und Wasserstoff fördern, für bezahlbare Energie und eine krisensichere Industrie
- ▶ Resilienz statt neuer Abhängigkeiten, etwa von Russland oder China

### AFD

- x Kein Konzept zur Senkung der Energiepreise für die Industrie
- x Rückkehr zu Kohle und Atomkraft statt Investitionen in erneuerbare Energien, keine Förderung von Wasserstoff
- x Forderung nach Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipelines, was neue geopolitische Abhängigkeiten schafft

Eine wettbewerbsfähige Industrie braucht bezahlbare und nachhaltige Energie – keine rückwärtsgewandte Energiepolitik.

## ZUKUNFT DER AUTOMOBILINDUSTRIE AM STANDORT DEUTSCHLAND

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Investitionen in Elektromobilität und Ladeinfrastruktur sichern Arbeitsplätze und stärken Deutschland als Automobilstandort
- ▶ Beschäftigte müssen bei der Umstellung auf neue Antriebe mitgestalten können
- ▶ Förderungen nur für Unternehmen, die Standorte und Jobs langfristig sichern

### AFD

- x Förderungen für Elektromobilität und Ladeinfrastruktur stoppen, obwohl selbst deutsche Autohersteller massiv investieren
- x Setzt weiter allein auf Verbrennungsmotoren, obwohl weltweit E-Mobilität wächst
- x kein Konzept für Beschäftigte, deren Arbeitsplätze durch den Umbau gefährdet sind

Damit die deutsche Autoindustrie konkurrenzfähig bleibt, muss sie fit für die Zukunft werden – nicht in der Vergangenheit verharren.

## FÜR EINE ZUKUNFTSWEISENDE INVESTITIONSPOLITIK

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ zusätzlich 600 Milliarden über die nächsten 10 Jahre für den dringend benötigten Ausbau öffentlicher Infrastruktur
- ▶ 30 Milliarden über die kommenden 5 Jahre für die Dekarbonisierung der Industrie
- ▶ Steuerreform zur Tilgung der Altschulden von Kommunen

### AFD

- x Kein Konzept für eine moderne Infrastruktur
- x Lehnt öffentliche Investitionen in klimafreundliche Industrien ab
- x Fordert Steuersenkungen für Vermögende, ohne zu erklären, wie Investitionen finanziert werden sollen

Ohne Investitionen in die Zukunft – wie sie die AfD vorschlägt - werden Arbeitsplätze und wirtschaftlicher Wohlstand gefährdet.

## FÜR EINE GERECHTE FINANZIERUNG

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Reform der Schuldenbremse, für Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Klimaschutz
- ▶ Mehr Steuergerechtigkeit: große Vermögen und hohe Einkommen müssen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben beitragen
- ▶ Arbeitseinkünfte nicht stärker besteuern als Kapitalerträge

### AFD

- x keine Vorschläge für Modernisierung der Infrastruktur oder für Investitionen in neue Industrien
- x Steuern für Reiche senken und die Vermögens- und Erbschaftsteuer abschaffen, was ungerecht ist und ein zusätzliches Loch in die öffentlichen Haushalte reißen würde
- x kein Konzept für die Finanzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen

**Wer nicht investiert, gefährdet langfristig Arbeitsplätze, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftlichen Erfolg. Die AfD entlastet Wohlhabende auf Kosten der Allgemeinheit – die IG Metall fordert eine gerechte Finanzpolitik für alle.**

## GUTE RENTE FÜR JUNG UND ALT

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Rentenniveau stabilisieren und langfristig auf 53 Prozent anheben
- ▶ Alle Berufsgruppen rein in die gesetzliche Rentenversicherung, damit das System stabil bleibt
- ▶ Betriebliche Altersversorgung ausbauen und zusätzliche Rentenkürzungen verhindern

### AFD

- x Verspricht Rentenniveau von 70 Prozent ohne tragfähige Finanzierung
- x Mehrkosten von rund 70 Milliarden Euro pro Jahr bleiben völlig ungeklärt
- x unausgereiftes Konzept, das entweder zu massiven Kürzungen oder zu einer finanziellen Schieflage führen würde

**Altersarmut bekämpft man nicht mit ungedeckten Schecks, sondern mit einem stabilen und gerechten Rentensystem.**

## MITBESTIMMUNG: FÜR MEHR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Mehr Rechte für Betriebsräte, damit Beschäftigte über Weiterbildung, Personalplanung und Standortsicherung mitentscheiden können
- ▶ Strengere Strafen für Unternehmen, die Mitbestimmung behindern
- ▶ Schlichtungsverfahren statt Doppelstimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden

### AFD

- x Im Wahlprogramm der AfD werden weder Betriebsräte noch Mitbestimmung auch nur mit einem Wort erwähnt! Sie lässt Beschäftigte im Stich.

## FÜR EINE STARKE TARIFAUTONOMIE UND MEHR TARIFBINDUNG

### FORDERUNGEN DER IG METALL

- ▶ Aktionsplan zur Erhöhung der Tarifbindung
- ▶ Ein Bundestariftreuegesetz gegen Lohndumping
- ▶ Tarifverträge müssen auch bei Umstrukturierungen erhalten bleiben.

### AFD

- x Kein Wort über Vorschläge zur Stärkung der Tarifaufonomie
- x Kein Wort zur Absicherung von Tarifverträgen
- x Keine Aussagen zum Streikrecht im Wahlprogramm, in Positionspapieren fordert sie Einschränkung

**Wer Tarifaufonomie und Streikrecht nicht schützt oder gar einschränkt, stärkt die Macht der Arbeitgeber und schwächt die Beschäftigten.**